34. Gemeinderatssitzung**V e r h a n d l u n g s s c h r i f t**

aufgenommen am 16.10.2008 um 19.00 Uhr im Sitzungszimmer des Gemeindeamtes Rosenau am Hengstpaß über die öffentliche Gemeinderatssitzung.

Anwesende:

Bürgermeister Auerbach Peter

die Gemeinderatsmitglieder:

Vizebgm. Wilhelm Mühlebnner

Gösweiner Gottlieb

Steinhäusler Elfriede

Neubauer Anita

Edlinger Werner

Eibl Wolfgang

Benedetter Wolfgang

Nachbagauer Josef

Schwingenschuh Siegfried

Sanglhuber Leopoldine

entschuldigt:

Benedetter Maria

Steinbichler Jürgen

erschienene Ersatzmitglieder:

Eibl Rosa

Steinbichler Johann

Schriftführer: Sölkner Adolf

Der Vorsitzende begrüßt die Anwesenden und eröffnet die von ihm einberufene Gemeinderatssitzung. Er stellt fest, dass laut vorliegendem Zustellnachweis alle Gemeinderatsmitglieder rechtzeitig und unter Bekanntgabe der Tagesordnung nachweislich geladen wurden. Die Gemeinderatssitzung wurde mit Tagesordnung am 6. Oktober 2008 an der Gemeindeamtstafel kundgemacht.

Der erschienene Gemeinderat zählt 13 Mitglieder und die Beschlussfähigkeit ist gegeben.

Der Vorsitzende stellt die Frage, ob gegen die Tagesordnung ein Einwand besteht. Die teilnehmenden Gemeinderatsmitglieder bringen keine Einwände gegen die Tagesordnung vor.

Weiters gibt der Vorsitzende bekannt, dass die Verhandlungsschrift über die letzte Sitzung vom 28. August 2008 bis zur heutigen Sitzung, während der Amtsstunden, im Gemeindeamt zur Einsicht aufgelegt ist, während der Sitzung noch aufliegt und gegen diese Verhandlungsschrift bis zum Sitzungsschluss Einwendungen eingebracht werden können. Außerdem informiert Bgm. Auerbach über einen Dringlichkeitsantrag, den er selbst einbringen möchte und über dessen Behandlung unter Punkt „Allfälliges“ zunächst abgestimmt werden muss. Er liest dazu den Dringlichkeitsantrag vor:

**An den Gemeinderat
der Gemeinde Rosenau am Hengstpaß**

Dringlichkeitsantrag gemäß § 46 Abs. 3 der Oö. Gemeindeordnung 1990 zur Behandlung des Gegenstandes „**Werkvertrag für die Planungsphase – Kanal BA 06 Wurbauerkogel – DI Rolf H. Rakusch**“

Sehr geehrte Gemeinderatsmitglieder!

Noch am 6. Oktober 2008, als wir die Tagesordnung für die Gemeinderatssitzung per Post verschickt hatten, ist der **Werkvertrag** der Fa. **R.H. Rakusch** zur Planung des Kanalbauabschnittes 06 Wurbauerkogel im Gemeindeamt eingelangt.

Damit die Planungsarbeiten im kommenden Jahr vorgenommen werden können und einer Realisierung des Projektes im Jahr 2010 nichts im Wege steht, bitte ich euch, den Werkvertrag bereits in der heutigen Gemeinderatssitzung (16.10.2008) zu beschließen.

Mit freundlichen Grüßen
Bgm. Peter Auerbach

Die Abstimmung bezüglich der Behandlung des Dringlichkeitsantrages ergibt einstimmig eine Behandlung unter Punkt „Allfälliges“.

Danach geht der Vorsitzende auf die Tagesordnung über.

Tagesordnung

- 1. Auftragsvergabe zur Asphaltierung des Betriebsgeländes der Fa. Petroczy-Weissensteiner Transporte, Beschlussfassung**
- 2. Darlehen zur Finanzierung der Asphaltierung des Betriebsgeländes der Fa. Petroczy-Weissensteiner Transporte, Beschlussfassung über die Vergabe nach der Anbotseröffnung**
- 3. Darlehensvertrag zur Finanzierung der Asphaltierung des Betriebsgeländes der Fa. Petroczy-Weissensteiner Transporte, inhaltliche Beschlussfassung**
- 4. Wohnungszuweisung der ehemaligen Strickwohnung Nr. II/2/5 im STYRIA-Gebäude Rosenau Nr. 121, Beratung und Beschlussfassung**
- 5. Ansuchen der VS Rosenau um eine finanzielle Unterstützung zu den Buskosten für die Schwimm- und Schifahrten im Schuljahr 2008/2009, Beschlussfassung**
- 6. Grundsatzbeschlussfassung über eine generelle Sanierung des Schulgebäudes Rosenau Nr. 102 (Heizung, Sanitäranlagen, Wärmedämmung)**
- 7. Grundsatzbeschlussfassung zum Ankauf eines Tandem-Dreiseitenkippers für den Gemeindebauhof im Jahr 2009**
- 8. Prüfbericht der Bezirkshauptmannschaft Kirchdorf/Krems zum Rechnungsabschluss 2007, Vorlage im Gemeinderat**
- 9. Tarifänderungen für den Fahrzeug- und Geräteverleih des Gemeindebauhofes, Beratung und Beschlussfassung**
- 10. Berichte der Ausschussobmänner/frauen**
- 11. Bericht des Bürgermeisters**
- 12. Allfälliges**

Beschlüsse:**1. Auftragsvergabe zur Asphaltierung des Betriebsgeländes der Fa. Petroczy-Weissensteiner Transporte, Beschlussfassung**

Bgm. Auerbach informiert nochmals darüber, dass das Betriebsgelände der Fa. Petroczy-Weissensteiner unbedingt asphaltiert werden muss, da ansonsten von der Gewerbebehörde der Entzug des Gewerbes angedroht wurde. Laut der Vereinbarung mit der Fa. Petroczy zur Betriebsumsiedelung fällt die Befestigung (Asphaltierung) des Firmengeländes in den Aufgabenbereich der Gemeinde als Grundeigentümer. Damit die Asphaltierung möglichst bald vorgenommen werden kann, hat die Gemeinde die Asphaltierungsarbeiten ausgeschrieben. Den Firmen, ALLBAU, Alpine Bau GmbH, STRABAG AG, HOFFMANN GmbH & Co KG, SWIETELSKY BAU GmbH, wurde die Möglichkeit einer Angebotslegung gegeben. Bei der Anbotseröffnung am 29. September 2008 um 7. 30 Uhr im Gemeindeamt waren für die Gemeindevertretung neben Bgm. Auerbach, Vizebgm. Mühlebner, GR Jürgen Steinbichler und AL Sölkner anwesend.

Zwecks einer Auftragsvergabe liest Bgm. Auerbach das Anbotseröffnungsprotokoll vor:

**Anboteröffnungsprotokoll
Asphaltierung Betriebsgelände Petroczy Weissensteiner**

Beschränkte Ausschreibung:

Asphaltierung Betriebsgelände

Ort, Datum, Uhrzeit der Anbotseröffnung:

Gemeinde Rosenau/Hengstpaß, 29. September 2008, 7.30 Uhr

<i>Anbotsteller</i>	<i>Angebotssumme netto</i>		
ALLBAU Allgem. Straßenbau GmbH	€ 72.027,85		
Alpine Bau GmbH	€ 71.950,59		
STRABAG AG	€ 73.172,12		
HOFFMANN GmbH & Co KG	€ 75.162,--		
SWIETELSKY BAU GmbH	€ 68.028,30		

Reihung der Angebote:

<i>Anbotsteller Firmen</i>			
Swietelsky Bau GmbH	€ 68.028,30		
Alpine Bau GmbH	€ 71.950,59		
ALLBAU Allg. Straßenbau GmbH	€ 72.027,85		
STRABAG AG	€ 73.172,12		
HOFFMANN GmbH & Co KG	€ 75.162,00		

Unterschriften:

Gemeindevertretung:	Bgm. Peter Auerbach (Gem. Rosenau) Vizebgm. Wilhelm Mühlebner (Gem. Rosenau)	
	GR Jürgen Steinbichler (Gem. Rosenau)	

Da die Firma Swietelsky Bau GmbH eindeutig als Bestbieter hervorgeht, beantragt der Bürgermeister die Beschlussfassung, die Fa. Swietelsky Bau GmbH zu den Bedingungen des Angebotes vom 25.09.2008 mit den Asphaltierungsarbeiten zu beauftragen. Seinem Antrag wird innerhalb des Gemeinderates einstimmig per Handerheben entsprochen.

2. Darlehen zur Finanzierung der Asphaltierung des Betriebsgeländes der Fa. Petroczy-Weissensteiner Transporte, Beschlussfassung über die Vergabe nach der Anbotseröffnung

Da die Asphaltierungsarbeiten nur zu einem kleinen Teil mit einem Landeszuschuss der Abt. Straßenbau finanziert werden, muss die Hauptfinanzierung in Form eines Darlehens erfolgen. Eine Darlehensgenehmigung durch die Gemeindeabteilung wurde bereits vorgemerkt. Auch für das aufzunehmende Darlehen wurde durch die Gemeinde eine Ausschreibung vorgenommen. Die Summen der Ausschreibung und der Angebote beziehen sich dabei auf aufzuwendende Bruttosummen. Man muss jedoch dazu sagen, dass eine Abwicklung dieses Geschäftes über die Firma Petroczy-Weissensteiner mit Nettoszahlen geplant ist. Folgende Banken haben an der Ausschreibung teilgenommen und bis zur Anbotseröffnung am 10. Oktober 2008 um 11 Uhr ein Angebot abgegeben. Zwecks einer Darlehensvergabe liest der Vorsitzende das Anbotseröffnungsprotokoll vor:

Anbotseröffnungsprotokoll

Asphaltierung Betriebsgelände Petroczy-Weissensteiner

Beschränkte Ausschreibung:

Asphaltierung Betriebsgelände Petroczy-W. 2008

Ort, Datum, Uhrzeit der Anbotseröffnung:

Gemeinde Rosenau/Hengstpaß, 10. Oktober 2008, 11.00 Uhr

<i>Anbotsteller Bank</i>	<i>Zinssatz (Darl. € 61.500) 6-Monats-Euribor + Aufschlag</i>	<u>SMR</u>
Sparkasse Kremstal/Pyhrn	4,71 % + 0,18 %-Punkte Aufschlag	4,17% + 0,30 %-Punkte Aufschlag
PSK	5,00 % + 0,30 %-Punkte Aufschlag	Kein Angebot
Raiffeisenbank Windischgarsten	5,435 % + 0,25 %-Punkte Aufschlag	Keine Angebot

Reihung der Angebote:

<i>Anbotsteller Bank</i>	<i>Zinssatz (Darl. € 145.000) 6-Monats-Euribor + Aufschlag</i>	<u>SMR</u>
Sparkasse Kremstal- Pyhrn	4,89 %	4,47 %
Raiffeisenbank Windischgarsten	5,685%	
PSK	5,3 %	

Unterschriften:

Gemeindevertretung:	Adolf Sölkner (Gem. Rosenau)	
	Wolfgang Eibl (Gem. Rosenau)	
	Bgm. Peter Auerbach	

Auch Herrn Mag. Steiner von der Unternehmensberatung Priester Consulting GmbH wurden sämtliche Angebote und das Anbotseröffnungsprotokoll mit der Bitte um eine Reihung übermittelt. Dieser hatte telefonisch bereits vor der Gemeinderatssitzung seine Empfehlung abgegeben. Da die Sparkasse bei der 6-Monats-Euribor der Bestbieter ist und die Variante mit dem SMR als Leitzinssatz nur von ihr angeboten wurde, geht auch Herr Steiner von einer Darlehensvergabe an die Sparkasse aus. Allerdings empfiehlt er dieses Mal die Euriborvariante, da mit einer Kreditzinssatzsenkung die nächsten Wochen zu rechnen ist und bei diesem Leitzinssatz mit einer rascheren Reaktion auf eine eventuelle Senkung zu rechnen ist. Bgm. Auerbach ist derselben Ansicht wie der Steuerberater und beantragt, das Darlehen für die Asphaltierung des Betriebsgeländes der Fa. Petroczy-Weissensteiner an den Bestbieter, die Sparkasse Kremstal/Pyhrn, zum 6-Monats-Euribor (Leitzinssatz) zu vergeben. Der Gemeinderat stimmt seinem Antrag einstimmig per Handheben zu.

3. Darlehensvertrag zur Finanzierung der Asphaltierung des Betriebsgeländes der Fa. Petroczy-Weissensteiner Transporte, inhaltliche Beschlussfassung

Bei der Darlehensausschreibung wurden die Kreditinstitute gebeten für eine rasche Auftragsvergabe die entsprechenden Darlehensverträge mitzuschicken. Die Sparkasse ist dieser Bitte nachgekommen und hat zugleich mit dem Angebot beide Darlehensverträge zu den angebotenen Varianten mitgesandt. Zwecks einer inhaltlichen Beschlussfassung des Darlehensvertrages liest der Bürgermeister den Darlehensvertrag der Sparkasse Kremstal/Pyhrn zum Leitzinssatz 6-Monats-Euribor vom 06. Oktober 2008 vor:

SPARKASSE Sparkasse Krmstal-Pyhrn
Aktiengesellschaft

Hauptplatz 18
4560 Kirchdorf/Krems
Tel.: 05 0100 49200-0
Fax: 05 0100 9 49200

Firmensitz Kirchdorf an der Krems
Landesgericht Steyr
FN 118868 g
DVR 111139, BLZ 20315

Entwurf

Gebührenfrei gemäß § 2 des Bundesgesetzes vom 16.12.48, BGBl. Nr. 24/1949

Gebührenanzeige gem. § 3 Abs. 4 GebG 1957 lt. Bescheid des Finanzamtes für Gebühren und Verkehrssteuern Linz, vom 22.11.1991 Zl. 7-13A
Lfd. Nr. 395308

Gemeinde Rosenau am Hengstpaß
Nr. 120
4581 Rosenau am Hengstpaß

Ihr Ansprechpartner:
Herr Gerhard Graf
Tel.: (05) 0100-49180
Fax: (05) 0100 949142
E-Mail: GrafG@kp.sparkasse.at
Sparkasse Kremstal-Pyhrn AG
GS Windischgarsten
Bahnhofstraße 10, 4580 Windischgarsten
Zur Ablage bei 4400051/GEMEINDER1

Datum
06.10.2008

DARLEHENSZUSAGE – Kontonummer

Sehr geehrte Damen und Herren,
im Rahmen der Geschäftsverbindung sind wir Ihrem Wunsch entsprechend gerne bereit, Ihnen ein Darlehen in Höhe von **EUR 61.500,00** zu folgenden Bedingungen zur Verfügung zu stellen.

Die Abwicklung dieser Finanzierung erfolgt über Konto Nr., lautend auf Gemeinde Rosenau am Hengstpaß bzw. weitere für Sie eröffnete Konten.

Verwendungszweck:

Das Darlehen dient zur Finanzierung der Asphaltierung des Betriebsgeländes der Fa. Petroczy-Weissensteiner.

Zuzählung:

Das Darlehen wird von Ihnen voraussichtlich bis längstens 31.12.2008 ausgenützt, wobei Sie uns die Inanspruchnahme mindestens 10 Tage vorher avisieren werden.

Bei Anforderung des Darlehens(teil-)betrages werden Sie uns das Zuzählungskonto bekannt geben.

Die zur Deckung der Abgaben und Kosten erforderlichen Beträge können wir bei Zuzahlungen einbehalten. Weiters sind wir berechtigt, bei jeder Zuzählung allfällige bestehende rückständige Beträge, antizipative Zinsen und sonstige bereits fällige Kosten in Abzug zu bringen. Wir sind jedoch auch berechtigt, die zur Deckung der Abgaben und Kosten erforderlichen Beträge gesondert vorzuschreiben. Im Fall der gesonderten Vorschreibung sind Sie verpflichtet, diese Beträge unverzüglich zu berichtigen.

Im Fall der Zahlung der Gerichtsgebühren durch Sie selbst werden wir bei der Vorlage der Zahlungsbestätigung den entsprechenden einbehaltenen Betrag freigeben.

Konditionen:

Für diese Finanzierung stellen wir Ihnen folgende Konditionen in Rechnung:

Sollzinsen: Wir verrechnen Ihnen einen fixen Zinssatz pro Zinsenperiode, der wie folgt ermittelt wird:

erste Zinsenperiode

Die erste Zinsenperiode beginnt mit dem Tag der Zuzählung dieser Finanzierung und endet einen Tag vor dem nächsten Zinsanpassungstermin. Der Zinssatz für die erste Zinsenperiode beträgt 4,89 % p.a..

weitere Zinsenperioden

Für die weiteren Zinsenperioden von jeweils sechs Monaten erfolgt die Zinsanpassung jeweils am Beginn jeder Zinsenperiode, erstmals am 01.01.2009.

Für diese Zinsenperioden beträgt die Verzinsung jeweils 0,1800 % p.a. (Marge) über dem Indikator (6-Monats Euribor Semesterdurchschnitt).

Der 6-Monats-EURIBOR ist der gemäß dem quartalsweise erscheinenden Heft „Statistiken – Daten & Analysten“ – Tabelle 2.6 „Euro-Geldmarktsätze“ der Österreichischen Nationalbank veröffentlichte Wert für das vorangegangene Halbjahr (Mittelwert von 6 Monaten).

Wir behalten uns die Anpassung der vereinbarten Marge bei Veränderung unserer Risikosituation aus dieser Finanzierung infolge Änderung Ihrer Bonität und/oder der Werthaltigkeit bestellter Sicherheiten oder bei Erhöhung unserer Finanzierungskosten infolge gesetzlicher/behördlicher Maßnahmen vor.

Verzugszinsen: Sollten fällige Beträge aus dieser Darlehensgewährung nicht termingerecht berichtet werden, sind wir unabhängig von den übrigen Folgen der Zahlungssäumnis berechtigt, hierfür Verzugs- und Zinseszinsen vom Fälligkeitstermin bis zum Zahlungstag in Rechnung zu stellen. Ebenso sind wir berechtigt, für von uns vorschussweise geleistete Beträge Verzugs- und Zinseszinsen vom Tag der vorschussweisen Leistung bis zum Zahlungstag in Rechnung zu stellen. Die Verzugs- und Zinseszinsen sind umgehend nach Vorschreibung zu entrichten.

Als Verzugzinssatz für fällige Beträge verrechnen wir Ihnen jeweils 5,0000 % p.a. über dem jeweiligen Sollzinssatz.

Zinsenverrechnung/

Fälligkeit: halbjährlich zum Monatsletzten, im Nachhinein berechnet, nächstmals im Dezember 2008. Die Abschlussposten sind, sofern durch diese der aktuelle Rahmen überschritten wird, innerhalb von 14 Tagen zu begleichen.

Laufzeit/Rückzahlung:

Das Darlehen ist in 20 halbjährlichen Kapitalraten in Höhe von je EUR 3.075,00, beginnend am 31.12.2008, zurückzuzahlen.

Im Fall einer erfolgten, vertraglich zulässigen vorzeitigen Kapitalteilrückzahlung wird die Entrichtung der Kapitalratenzahlungen hiedurch weder unterbrochen, noch die Höhe der Kapitalraten geändert, sondern nur die Laufzeit der Finanzierung entsprechend abgekürzt, falls nichts anderes vereinbart wird.

Auf dem Darlehenskonto einlangende Beträge werden – sofern nicht ausdrücklich anderes vereinbart wird – in folgender Reihenfolge verrechnet. Zuerst auf die früher, danach auf die später fällig gewordenen Forderungen. Innerhalb der zum gleichen Zeitpunkt fällig gewordenen Forderungen auf Zinsen, auf Kapital, auf Kosten und Spesen, auf Verzugszinsen, Zahlungen auf noch nicht fällige Forderungen werden wir entgegennehmen und auf die nächsten fällig werdenden Beträge verrechnen. Wir sind aber auch berechtigt, solche Überzahlungen zur Abdeckung von fälligen Forderungen auf andere für Sie geführte Konten umzubuchen.

Bei einer (Teil)Kündigung werden die auf den gekündigten Kapitalteilbetrag entfallenden Zinsen ebenfalls zum Kündigungstermin fällig. Auf Rückverrechnung etwa vorausbezahlter Zinsen besteht kein Anspruch.

Sicherstellungen:

Von der Bestellung besonderer Sicherheiten für diese Finanzierung wird vorläufig Abstand genommen. Dem gemäß verpflichten Sie sich, bis zu gänzlichen Tilgung dieser Finanzierung ohne unsere vorherige Zustimmung eine Abtretung oder Verpfändung von Abgabenrechten, Abgabenertragsanteilen und vermögensrechtlichen Ansprüchen, die Ihnen gegen den Bund oder andere Gebietskörperschaften zustehen, nicht vorzunehmen, ebenso, unbewegliches Vermögen, das nicht Ihren zu wahren öffentlichen Interessen dient, anderen Gläubigern nicht zu verpfänden.

Sonstiges:

Im Übrigen gelten für diese sowie die Ihnen zukünftig zu gewährenden Finanzierungen unsere „Allgemeinen Geschäftsbedingungen“.

Sie erklären sich damit einverstanden, von uns telefonisch oder über sonstige Telekommunikationsmedien (z.B. E-Mail) zu interessanten Themen und Produkten sowie – auch neuen – Dienstleistungen kontaktiert und informiert zu werden. Diese Zustimmung kann jederzeit widerrufen werden.

Allgemeine Darlehensbedingungen:

a) Sie verpflichten sich, bei der alljährlichen Festsetzung des Voranschlages vorzusorgen, dass die an uns zu leistenden Zahlungen im Voranschlag des nächsten Jahres gehörig und rechtzeitig gedeckt sind; weiters, den genehmigten vollständigen Voranschlag für das betreffende Verwaltungsjahr sowie den Rechnungsabschluss über das vergangene Jahr samt allen in der jeweils geltenden VRV vorgesehenen Nachweisen vorzulegen.

b) Ungeachtet der vereinbarten Laufzeit und Kündigungsfrist sind wir berechtigt, den aushaftenden Darlehenssaldo ohne vorherige Ankündigung sofort fällig zu stellen, wenn die fälligen Kapital- und Zinsenzahlungen trotz eingeschriebener Mahnung nicht innerhalb von sechs Wochen nach Fälligkeit ganz oder zum Teil unberichtigt bleiben oder irgendeine sonstige im Finanzierungsvertrag vereinbarte Verpflichtung von Ihnen nicht oder nicht vollständig oder nicht pünktlich erfüllt wird.

c) Für allfällige Rechtsstreitigkeiten, die sich im Zusammenhang mit diesem Finanzierungsvertrag ergeben, gilt österreichisches Recht und wird als nicht ausschließlicher Gerichtsstand das jeweils zuständige Gericht in Kirchdorf a.d. Krems vereinbart.

d) Für diese Finanzierungsvereinbarung und ihre Änderungen ist Schriftlichkeit gemäß § 884 ABGB vereinbart.

e) Sie verzichten auf die Geltendmachung der Aufrechnung. Sämtliche Zahlungen an uns sind spesen- und abzugsfrei zu leisten. Erfüllungsort für alle aus diesem Finanzierungsvertrag hervorgehenden Ansprüche ist für beide Teile der Schalteraum unseres Institutes in Kirchdorf an der Krems.

f) Wir sind berechtigt, die Daten der Finanzierung und alle im Zusammenhang uns damit bekannt werdenden wirtschaftlichen Daten des Kunden an Mitverpflichtete, Bürgen und Sicherstellungsgeber, Finanzierungsinstitute und Versicherungsunternehmen, die sich an der Finanzierung beteiligen (oder beabsichtigen sich zu beteiligen) sowie an die Zentralbank, in Zusammenhang mit Refinanzierungskrediten weiterzugeben.

g) Die Darlehenszahlung ist erst nach Vorliegen folgender Unterlagen möglich:

- von Ihnen entsprechend der Gemeindeordnung (bzw. dem für Sie geltenden Stadtrecht) unterfertigtes Annahmeschreiben zu dieser Finanzierungszusage, versehen mit dem gemeindeaufsichtsbehördlichen Genehmigungsvermerk bzw. einer Zeichnungsbestätigung der zuständigen Bezirkshauptmannschaft (bzw. Ihrer Magistratsdirektion), sofern nach den Bestimmungen der Gemeindeordnung (bzw. des für Sie geltenden Stadtrechtes) eine gemeindeaufsichtsbehördliche Genehmigung nicht erforderlich sein sollte,
- Auszug aus dem Protokoll über die Sitzung des Gemeinderates, in welcher die Aufnahme der gegenständlichen Finanzierung bei uns beschlossen wurde,
- bei Förderung nach dem Umweltförderungsgesetz (UFG): Kopie des Fördervertrages mit der Kommunalkredit Austria AG,
- Unterschriftprobenblatt mit Kopien von Lichtbildausweisen der unterfertigten Personen,
- letzter Rechnungsabschluss und Voranschlag des laufenden Haushaltsjahres, soweit diese Unterlagen nicht bereits bei uns aufliegen sollten.

Annahmefrist:

An diese Finanzierungszusage halten wir uns 30 Tage ab Datum dieses Schreibens gebunden. Wir behalten uns jedoch das Recht vor, diese Finanzierungszusage zu widerrufen, wenn uns Umstände bekannt werden sollten, die uns zur Fälligkeit der Finanzierung berechtigen würden.

Wir ersuchen Sie, zum Zeichen Ihres Einverständnisses die Finanzierungszusage zu unterfertigen und innerhalb der genannten Frist an uns zu retournieren.

Wir freuen uns auf eine angenehme Zusammenarbeit.

Freundliche Grüße

Sparkasse Kremstal-Pyhrn Aktiengesellschaft

Annahmeerklärung

Wir bestätigen, von der Sparkasse Kremstal-Pyhrn Aktiengesellschaft das Darlehen zu den vorgenannten Bedingungen, mit denen wir uns vollinhaltlich einverstanden erklären, gezählt erhalten zu haben.

.....
Datum

.....
Gemeinde Rosenau am Hengstpaß
(Darlehensnehmer)

Abschließend wird auf Antrag des Bürgermeisters einstimmig der vorgetragene Darlehensvertrag mit der Sparkasse (6-Monats-Euribor-Variante) zur Finanzierung der Asphaltierungsmaßnahmen am Betriebsgelände der Fa. Petroczy-Weissensteiner vollinhaltlich per Handerheben beschlossen.

4. Wohnungszuweisung der ehemaligen Strickwohnung Nr. II/2/5 im STYRIA-Gebäude Rosenau Nr. 121, Beratung und Beschlussfassung

Für die an der Amtstafel zur Neuvergabe kundgemachte Wohnung Nr. II/2/5 in Rosenau Nr. 121 (ehemalige Strick-Wohnung) liegt ein Vergabeansuchen von Frau Sabine Auerbach vor. Bgm. Auerbach liest dieses vor:

Sabine Auerbach
Oberhausberg 13
 8967 Haus/Ennstal
Tel.: 0664/5406890

07.10.2008

An die
 STYRIA
 Wohnungsgenossenschaft
 bzw. an die Gemeinde Rosenau/Hp.

Gabelsbergerstraße 3
 4400 Steyr

Betrifft: **Bewerbung um freie Wohnung Nr. II/2/5**
(Wohnung Strick) – Rosenau 121

Sehr geehrte Damen und Herren!

Die Gemeinde Rosenau/Hengstpaß hat auf ihrer Amtstafel kundgemacht, dass die Wohnung Nr. II/2/5 in Rosenau/Hp. Nr. 121 (ehemalige Strick-Wohnung) neu zu beziehen ist.

Da ich aus Haus im Ennstal zurück in meine Heimatgemeinde (Rosenau/Hp.) ziehen möchte, bewerbe ich mich um die ausgeschriebene Wohnung.

Da am 16. Oktober 2008 die nächste Gemeinderatssitzung stattfinden wird, könnte bei dieser Gelegenheit die Wohnungszuweisung durch den Gemeinderat erfolgen. Den tatsächlichen Wohnungsbezug könnte ich dann mit Ihnen eigens abklären.

Mit freundlichen Grüßen
 Sabine Auerbach
 Rosenau, am 07.10.2008

Da eine rasche Vergabe einer leerstehenden Wohnung sehr erfreulich ist und keine weiteren Wohnungsbewerber für diese Wohnung bekannt sind, beantragt der Bürgermeister die Beschlussfassung für die Vergabe der ehemaligen Strickwohnung (Nr. II/2/5 in Rosenau 121) an Frau Sabine Auerbach (derzeit wohnhaft in Haus im Ennstal). Seinem Antrag wird einstimmig per Handerheben entsprochen.

5. Ansuchen der VS Rosenau um eine finanzielle Unterstützung zu den Buskosten für die Schwimm- und Schifahrten im Schuljahr 2008/2009, Beschlussfassung

Wie schon in den vergangenen Schuljahren hat auch heuer Direktor Wolfgang Koblmüller um die Übernahme der Buskosten für die Schwimm- und Schifahrten der Volksschüler von Rosenau/Hp. angesucht. Im Gegensatz zum Vorjahr hat Dir. Koblmüller dabei lediglich für die Schüler angefragt. Im Vorjahr wurde gleichzeitig das Ansuchen für die Kindergartenkinder gestellt. Der Vorsitzende liest das Ansuchen der Volksschule vor:

VS Rosenau
Dir. Wolfgang Koblmüller
4581 Rosenau 102

Volksschule Rosenau
Volksschule für Bewegungserziehung
4581 ROSENAU 102, Tel. 07566/203

An
Gemeinde Rosenau
Gemeinderat
4581 Rosenau

Sehr geehrte Damen und Herren!

Ich ersuche Sie, wie in den letzten Jahren auch heuer wieder, unsere Schüler im Laufe dieses Schuljahres 2008/09 mit 10 Busfahrten (5 Schwimmfahrten nach Windischgarsten, 5 Schifahrten zur Talstation Wurzeralm) finanziell zu unterstützen und die Buskosten zu übernehmen.

Herzlichen Dank für Ihre bisherigen Unterstützungen.,,

Rosenau, 17. September 2008

Dir. Wolfgang Koblmüller

Nach einer kurzen Diskussion und auf den Antrag des Bürgermeisters hin, wird einstimmig per Handerheben beschlossen, die Volksschüler mit der Bezahlung von 5 Schwimm- und 5 Schifahrten zum Hallenbad Spital am Pyhrn bzw. zur Wurzeralm mit dem Transportunternehmen „ECKERSTORFER“ zu unterstützen. Zusätzlich hält der Gemeinderat heute schon fest, dass auch für die Kindergartenkinder im Kindergartenjahr 2008/2009 die gleiche Anzahl an Schwimm- und Schifahrten mit dem Busunternehmen „REBHANDL“ finanziert werden. Den notwendigen Gemeinderatsbeschluss dafür wird man in der nächsten Sitzung am 11. Dezember 2008 nachholen.

6. Grundsatzbeschlussfassung über eine generelle Sanierung des Schulgebäudes Rosenau Nr. 102 (Heizung, Sanitäranlagen, Wärmedämmung)

Bgm. Auerbach erinnert an die Tatsache, dass nun nach der Sanierung des Gemeindecindergartens auch einige Sanierungen am Schulgebäude vorgenommen werden müssen. Hauptsächlich denkt er dabei an den **Heizungsumbau** (Eine Nahwärmeversorgung zusammen mit den umliegenden STYRIA-Gebäuden bzw. dem Gemeindebauhof und das FW-Depot wird nach wie vor angedacht.) Weiters sollte auch eine **Wärmedämmung** am Schulgebäude (Lehrerwohnhaus wurde bereits gedämmt) vorgenommen werden. Die **Sanierung der WC-Anlagen** sowie die **Restaurierung der 3. Schulklasse** im Obergeschoss ist eigentlich schon längere Zeit geplant. Auch ein **Ausbau** bzw. die Vergrößerung des **Gymnastikraumes** sollte auf Wunsch des Volksschuldirektors vorgenommen werden. Ein weiterer Punkt ist die **Reparatur des Einganges und Stiegenaufganges** beim Eingang. Um nun die Angelegenheit im Bauausschuss beraten zu können bzw. die Planung der Umbaumaßnahmen in Auftrag geben zu können, beantragt Bgm. Auerbach den Grundsatzbeschluss für die Sanierung des Schulgebäudes im Gemeinderat zu fassen. Da auch die Gemeinderäte die beschriebenen Maßnahmen für unbedingt notwendig halten und die Realisierung dieser Arbeiten im Sommer 2009 angedacht wird, wird der **Grundsatzbeschluss für die Sanierungsmaßnahmen im Volksschulgebäude Nr. 102** einstimmig durch Handerheben gefasst.

7. Grundsatzbeschlussfassung zum Ankauf eines Tandem-Dreiseitenkippers für den Gemeindebauhof im Jahr 2009

Weiters informiert der Vorsitzende über den äußerst schlechten Zustand des gemeindeeigenen Anhängers für den Gemeindebauhof. Der zweiachsige Anhänger mit einer Ladebrücke, umlegbaren Bordwänden und motorhydraulischem Dreiseitenkipper wurde schon 1963 zugelassen und darf auf Anweisung des Bürgermeisters nicht mehr verwendet werden. Bei Straßen- und Wanderwegsanierungen, die von der Gemeinde zu einem großen Anteil selbst vorgenommen werden, ist es praktisch, ausreichend Material mit dem Kipper zur Baustelle zu fahren. Die Mitarbeiter des Gemeindebauhofes sehen deshalb in der Anschaffung eines TANDEM-Dreiseitenkippers eine absolute Notwendigkeit. Um eine Ahnung davon zu bekommen über welchen Wert man in diesem Zusammenhang überhaupt diskutiert, hat man sich von der Fa. Hans Rußner in Windischgarsten ein

Angebot über einen BRANTNER TANDEM Dreiseitenkipper eingeholt. Dieser beinhaltet ein zulässiges Gesamtgewicht von 13 t (Nutzlast 10 t) und eine Plateaugröße außen von 4.550x2.320x600+600 mm. Der Preis inkl. Aufpreis für notwendige Zusatzausstattung liegt bei € 22.300,-- netto. Der Vorsitzende möchte die Meinung des Gemeinderates zu einer derartigen Anschaffung in Erfahrung bringen und beantragt dazu, einen Grundsatzbeschluss zu fassen.

GV Nachbagauer hält eine Anschaffung eines TANDEM-Dreiseitenkippers für einen Gemeindebauhof für überflüssig. Er denkt, man solle sich bei Arbeiten an Wegen und Straßen an den regionalen Speditions- und Baggerungsunternehmen, wie Hans Schmid oder Wilhelm Stöger, bedienen. Bgm. Auerbach erwidert, dass er bei größeren Einsätzen immer wieder die Leistungen von regionalen Unternehmen in Anspruch nimmt und mit diesen schon einige Projekte durchgeführt hat. Jedoch kommt es auch des Öfteren vor, dass man Maßnahmen an Wegen und Straßen sofort und unter Zeitdruck stehend veranlassen muss. Da dies meist in den Sommermonaten passiert, sind auch diese Dienstleistungsbetriebe sehr oft ausgelastet und man müsste auf Materialbeförderungen oft tagelang warten. Weiters fügt er hinzu, dass er bei diesem Ankauf an keine Finanzierung über ein Darlehen denke, sondern er möchte die Finanzierung mit Hilfe von Bedarfszuweisungsmitteln abwickeln. Bei der heutigen Sitzung möchte er also nur in Erfahrung bringen, ob der Gemeinderat hinter seinem weiteren Vorgehen (Anfrage bei LR Ackerl bezüglich einer Finanzierung des Tandem-Dreiseitenkippers) steht. GV Nachbagauer meint im Gegensatz zur Grundsatzbeschlussfassung zum Ankauf eines Knicklenkers samt Schneefräse, Mähwerk und Einhängelkastenstreuer im Jahr 2005, dass der Bürgermeister zunächst Angebote einholen soll und mit der Vorlage eines Finanzierungsplanes der Grundsatzbeschluss zum Ankauf eines Kippers gefasst werden kann. Bei der Grundsatzbeschlussfassung zum Ankauf des RASANT Traktors in der Gemeinderatssitzung am 20.10.2005 hat er dem Bürgermeister vorgeworfen, dass er ohne die vorhergehende Fassung eines Grundsatzbeschlusses bereits Angebote eingeholt hatte. Letztendlich lässt sich die ÖVP-Fraktion davon überzeugen, dass der Ankauf eines Kippers notwendig ist. Eine Anschaffung wird nur bei einer Finanzierung durch Bedarfszuweisungsmittel erfolgen. Aus diesem Grund stimmt auch die ÖVP-Fraktion dem Grundsatzbeschluss zu. Letztendlich wird auf Antrag des Bürgermeisters einstimmig durch Handerheben sämtlicher Gemeinderäte der Grundsatzbeschluss zum Ankauf eines Tandem-Dreiseiten-Kippers gefasst.

8. Prüfbericht der Bezirkshauptmannschaft Kirchdorf/Krems zum Rechnungsabschluss 2007, Vorlage im Gemeinderat

Der Prüfbericht der Bezirkshauptmannschaft Kirchdorf/Krems über die Überprüfung des Rechnungsabschlusses 2007 vom 29. August 2008 wird vom Bürgermeister zur Kenntnis gebracht:

Bezirkshauptmannschaft
Kirchdorf an der Krems
4560 Kirchdorf a.d. Krems Garnisonstraße 1

**LAND
OBERÖSTERREICH**

Geschäftszeichen:
Gem40-6-14-2008-Sc
Bearbeiter: Christoph Shranz
Tel: (+43 7582) 685-653 21
Fax: (+43 7582) 685-653 99
E-Mail: bh-ki.post@ooe.gv.at
www.bh-kirchdorf.ooe.gv.at

Gemeindeamt Rosenau am Hengstpaß
Rosenau 120
4581 Rosenau am Hengstpaß

Kirchdorf a.d. Krems, 29. August 2008

Überprüfung des Rechnungsabschlusses 2007

Sehr geehrter Herr Bürgermeister!

Der vom Gemeinderat der Gemeinde Rosenau am Hengstpaß in der Sitzung am 27. März 2008 beschlossene Rechnungsabschluss des Jahres 2007 wurde im Sinne der Bestimmungen des § 99 Abs. 2 Oö. Gemeindeordnung 1990, LGBl.Nr. 91/1990 idgF. (Oö. GemO 1990) einer Prüfung unterzogen. Der Rechnungsabschluss wurde auf Sparsamkeit, Wirtschaftlichkeit und Zweckmäßigkeit überprüft und ob dieser den hierfür geltenden Vorschriften entspricht.

Der angeschlossene Prüfungsbericht ist gemäß § 99 Abs. 2 Oö. GemO 1990 dem Gemeinderat in der nächsten Sitzung zur Kenntnis zu bringen. Wir ersuchen um Vorlage einer Kopie der diesbezüglichen Verhandlungsschrift.

Mit freundlichen Grüßen
Der Bezirkshauptmann

Dr. Dieter Goppold

Anlagen: Rechnungsabschluss 2007
Prüfungsbericht

Ergeht weiters zur Kenntnis an:

Amt der Oö. Landesregierung, Direktion Inneres und Kommunales, Bahnhofplatz 1, 4021 Linz unter Anschluss einer Ausfertigung des Rechnungsabschlusses und des Prüfungsberichtes

**Prüfungsbericht zum Rechnungsabschluss 2007
der Gemeinde Rosenau am Hengstpaß**

Ordentlicher Haushalt:

Wirtschaftliche Situation:

Der ordentliche Haushalt 2007 weist bei Solleinnahmen von € 1.547.870,94 und Sollausgaben von € 1.777.835,69 einen **Sollabgang von € 229.964,75** aus.

Zur Deckung des Abganges aus dem Finanzjahr 2006 in der Höhe von € 319.455,01 wurden Bedarfszuweisungsmittel von € 295.000 gewährt. Im Fehlbetrag des Jahres 2007 ist somit eine Budgetbelastung aus dem Jahr 2006 in der Höhe von € 24.455,01 enthalten. Der effektive Sollabgang des Rechnungsjahres 2007 beträgt daher € 205.509,74. Der Abgang hat sich somit gegenüber dem Vorjahr um rd. € 85.700 verringert.

Zuführungen an den außerordentlichen Haushalt:

Dem außerordentlichen Haushalt wurden zweckgebundene Einnahmen aus Verkehrsflächenbeiträgen sowie aus Aufschließungsbeiträgen (Verkehr, Kanal) in Höhe von insgesamt € 12.999,55 zugeführt.

Investitionen:

Investitionen (Postengruppe 0) wurden im ordentlichen Haushalt im Ausmaß von € 16.843,26 abgewickelt. Das sind rd. 1,15 % der ord. Jahresausgaben.

Instandhaltungsmaßnahmen:

Im Bereich Instandhaltungen (PG „6“) scheinen Ausgaben in Höhe von € 49.964,71 auf. Das sind rd. 3,4 % der ord. Jahresausgaben. Die Aufwendungen sind vor allem in den Bereichen „Freiwillige Feuerwehr“ (€ 4.555,47), „Volksschule“ (€ 8.319,80), „Gemeindestraßen“ (€ 7.354,13), „Bauhof“ (€ 14.185,61) und „Wasserversorgung“ (€ 3.545,05) entstanden.

Freiwillige Ausgaben:

An freiwilligen Ausgaben ohne Sachzwang (Gemeindeförderungen) wurden im Finanzjahr 2007 rd. € 13.900 (=€ 14,70 je Einwohner) ermittelt, womit die Gemeinde im vorgegebenen Förderrahmen des Lande OÖ (Gem-310001/1159-2005-SI/Dr vom 10. November 2005) lag.

Steuer- und Gebührenrückstände:

Zum Jahresende waren € 5.834,23 an öffentlichen Abgaben und Gebühren ausständig. Davon waren zum Zeitpunkt der Rechnungsabschlussprüfung noch rd. € 800 offen. Die Gemeinde ist stets bemüht, die bestehenden Außenstände rasch und konsequent einzutreiben.

Fremdfinanzierungen:

Der **Annuitätendienst** belastet den ordentlichen Haushalt mit insgesamt € 86.853,20, das sind rd. 6 % der ord. Jahresausgaben 2007.

Im Finanzjahr 2007 wurden Darlehensaufnahmen in Höhe von € 37.722,81 (Gebäudesanierung Rosenau 97, Dachsanierung Rosenau 104) getätigt. Der Schuldenstand hat sich gegenüber dem Vorjahr um rd. 1,2 % verringert und weist mit Ende des Haushaltsjahres 2007 einen Stand von € 1.648.165,17 aus.

Der Nachweis über den Stand an Haftungen weist per 31.12.2007 einen Gesamtstand von € 287.906,59 aus, welcher größtenteils auf RHV-Kanalbauvorhaben und auf die Tourismus- und Freizeiteinrichtungen GmbH (€ 15.900) zurückzuführen ist.

Die angefallenen Zinsen für den während des Jahres 2007 laufend aufgenommenen Kassenkredit betragen € 8.118,29.

Die mit Beschluss des Gemeinderates vom 14.12.2006 für das Finanzjahr 2007 festgesetzte Kassenkreditobergrenze von € 209.280 was auch dem Höchstbetrag entsprach – wurde ständig überschritten. Der Kassenkreditstand betrug im Jahr 2007 bis zu € 316.250,68, womit die **Kassenkreditobergrenze um bis zu 51 % überschritten** wurde.

Sowohl die Überschreitung der Kassenkreditobergrenze als auch die teilweise Verwendung des Kassenkredites für den außerordentlichen Haushalt stellen im Sinne des § 83 der Oö. GemO. 1990 **keinen Kassenkredit** dar und dieser hätte somit **einer aufsichtsbehördlichen Genehmigung nach § 84 leg. cit. bedurft**.

Der aktuelle Zinssatz für den Kassenkredit (CHF-Kredit, Kontostand per 8.8.2008: - € 213.767,12) beträgt 3,375 %, welcher beim dzt. Zinsniveau als günstig bezeichnet werden kann. Am Girokonto, welches dzt. (per 27.8.2008) einen Sollstand von € 259.653,75 ausweist, beträgt der Zinssatz 5,125 %. Der Sollstand am Girokonto ist deswegen so hoch, weil der Soll-Abgang 2007 zur Gänze über den Kassenkredit finanziert werden muss. **Die Gemeinde Rosenau am Hengstpaß wird daher angehalten, den jährlichen Rechnungsabschluss nach Behandlung im Gemeinderat – die diesbezügliche Sitzung ist bereits am 27. März 2008 gewesen – umgehend zur aufsichtsbehördlichen Prüfung (RA ist erst am 22.8.2008 bei der BH eingelangt) durch die Bezirkshauptmannschaft vorzulegen, damit Bedarfszuweisungsmittel des Landes OÖ zur Abgangsdeckung zeitiger erfolgen könnten und somit geringere Soll-Zinsen am Girokonto entstünden. In diesem Zusammenhang machen wir auch auf § 93 Abs. 3 OÖ.GemO. 1990 aufmerksam, wonach der Rechnungsabschluss spätestens vier Monate nach Ablauf des Haushaltsjahres der Aufsichtsbehörde zur Kenntnis zu bringen ist.**

Personalaufwendungen:

Die Personalkosten – inkl. Pensionsbeiträge für die Beamten (Netto-Aufwand) und der Aufwendungen für die Aus- und Fortbildung – beliefen sich auf insgesamt € 435.696,75, womit rd. 34,8 % der ordentlichen Jahreseinnahmen gebunden waren. Damit liegt die Gemeinde mit rd. 12,2 % über dem Bezirksdurchschnitt.

Öffentliche Einrichtungen – Gebührenhaushalt:

	2005	2006	2007
Schülerausspeisung	-6.300,44	-8.384,94	-4.259,20
Kindergärten	-35.251,91	-37.828,60	-34.992,12
Abfallbeseitigung	-1.497,24	-3132,54	-1.078,58
Wasserversorgung	+ 4.767,59	-6.275,34	+34.942,00
Abwasserbeseitigung	-38.938,26	-13.358,37	-38.041,11

Der Betrieb der Schülerausspeisung weist bei Einnahmen von € 9.070,60 und Ausgaben von € 13.829,80 einen Abgang in Höhe von € 4.259,20 aus. Der im Jahr 2007 eingehobene Essensbeitrag lag mit € 2,20 für Kinder und € 3,50 für Erwachsene im Bezirksdurchschnitt. Da diese öffentliche Einrichtung auf dem Grundsatz der Kostendeckung abgestellt ist, sollte die Gemeinde weiterhin versuchen eine Erhöhung des Kostendeckungsgrades zu erreichen.

Die Gebarung des Kindergartens weist bei Einnahmen von € 56.630,40 und Ausgaben von € 91.622,52 einen Abgang in der Höhe von € 34.992,12 auf. Gegenüber dem Jahr 2006 hat sich der Abgang um € 2.836,48 verringert. Die Subvention durch die Gemeinde beträgt rd. € 1.750,-- pro Kindergartenkind, womit die Gemeinde über dem Bezirksdurchschnitt von € 1.600,-- liegt. Der durchschnittliche Elternbeitrag nach der Elternbeitragsverordnung lag im 1. Halbjahr 2008 bei rd. € 74,30, womit dieser unter dem Bezirksdurchschnitt von € 77,-- lag.

Der Betrieb der Abfallbeseitigung weist bei Einnahmen von € 36.675,29 und Ausgaben von € 37.753,87 einen Abgang in Höhe von € 1.078,58 aus. **Wie bereits in den Berichten zu den Rechnungsabschlüssen 2005 und 2006 bzw. im Garungsprüfungsbericht 2007 festgehalten wurde**, wird neuerlich nachdrücklich auf die Einhebung kostendeckender Benützungsgebühren hingewiesen, da sich seit dem Jahr 2004 ein Gesamtantrag dieser auf Kostendeckung abgestellten Einrichtung in Höhe von € 12.810,36 ergibt. Weiters wird darauf aufmerksam gemacht, dass Abgänge dieser öffentlichen Einrichtung nicht durch Bedarfszuweisungsmittel im Rahmen des Ausgleiches des ordentlichen Haushaltes abgedeckt werden.

Der Betrieb der Wasserversorgung weist bei Einnahmen von € 25.993,02 und Ausgaben von € 23.976,06 einen Überschuss in Höhe von € 2.016,96 aus. Umgerechnet auf die vereinnahmte Benützungsgebühr ergibt sich für das Finanzjahr 2007 eine eingehobene m³-Gebühr von € 3,44, welche ebenfalls den Vorgaben des Landes entsprach.

Die Gebarung der Wohn- und Geschäftsgebäude weist bei Einnahmen von € 20.810,31 und Ausgaben von € 20.029,67 einen Überschuss von € 780,64 aus.

Feuerwehrwesen:

In der Gemeinde Rosenau gibt es die Freiwillige Betriebs- und Ortsfeuerwehr Rohol/Rosenau am Hengstpaß. Die getätigten Netto-Aufwendungen 2007 in Höhe von rd. € 16.406,75 entsprechen rd. € 17,34 je Einwohner. Dieser Betrag liegt um rd. € 4,80 über dem Bezirksdurchschnitt von € 12,50.

Außerordentlicher Haushalt:

In der außerordentlichen Gebarung wurden Solleinnahmen von € 435.017,37 und Sollausgaben von € 488.999,70 getätigt. Somit ergibt sich im außerordentlichen Haushalt ein Sollabgang von € 53.982,33

Vorhaben	genehmigter Finanzierungs- plan (IKD)	tatsächliche Ausgaben bisher	Überschuss gesamt	Abgang gesamt
EDV-Erneuerung Gde.Amt		15.310,88		
Digitaler Leitungskataster		12.129,79		792,03
Beschneigungsanlage Loip		457.839,68		
Errichtung Startrampe		35.210,00		
Schöttlbauernweg II		19.070,57		6.294,06
Errichtung Lagerhalle		158.988,90		18.988,80
Ankauf Kommunalfahrzeug		74.474,83		4.474,83
Wildbachverbauung		57.668,24	6.606,14	
Betriebsumsiedelung Petroczy		150.153,95	7.948,66	
Straßenbeleuchtung Erweit.		319.216,55		1.493,10
Grundbesitz		75.799,31		
WVA-Erweiterung Dirngraben		92.252,87		28.907,00
ABA-Rosenau Erw. Dirngr.		385.074,91	223,04	
ABA-Erweiterung Giemelsb.		7.496,32		7.496,32
Gebäudesanierung Rosen. 97		60.640,48	14,71	
Dachsanierung Rosenau 104		62.767,20		328,74
Saldo				53.982,33

Der Abgang beim ao. Vorhaben „Digitaler Leitungskataster“ konnte bereits im Jahr 2008 durch Bedarfszuweisungsmittel bedeckt werden.

Über das Vorhaben „Schöttlbauernweg II“ liegt kein genehmigter Finanzierungsplan vor. Daher wird auf die Bestimmungen des § 80 Abs. 20 OÖ.GemO. 1990 hingewiesen, wonach Vorhaben nur insoweit begonnen oder fortgeführt werden dürfen, als die dafür vorgesehenen Einnahmen vorhanden oder rechtlich und tatsächlich gesichert sind. Im Finanzjahr 2008 wurde ein Landeszuschuss in Höhe von € 9000,- geleistet. Zum Zeitpunkt der RA-Prüfung weist dieses Vorhaben einen Überschuss in Höhe von rd. € 2.700,- auf. Bemerkenswert wird jedoch, dass im lfd. Jahr 2008 noch weitere Bauarbeiten durchgeführt werden. Laut Auskunft der Gemeinde wird ein sich ergebender Abgang durch Interessentenbeiträge abgedeckt werden können.

Das Vorhaben „Errichtung Lagerhalle“ weist dzt. einen Sollabgang in Höhe von rd. € 3.700 auf, welcher durch einen Zuschuss durch den BAV – aufgrund der Errichtung einer Altstoffsammelinsel im Bereich der Lagerhalle – bedeckt werden soll.

Das ao. Vorhaben „Ankauf Kommunalfahrzeug“ weist einen Abgang in Höhe von € 4.474,83 aus, welcher durch in Aussicht gestellte Bedarfszuweisungsmittel bedeckt werden kann.

Für das ao. Vorhaben „Straßenbeleuchtung Erweiterung“ sind Bedarfszuweisungsmittel in Höhe von € 33.000 (Finanzjahr 2009) und ein Landeszuschuss in Höhe von € 16.700 (Finanzjahr 2008) in Aussicht gestellt. Mit dem Großteil der Arbeiten wird erst im Finanzjahr 2009 begonnen.

Der Abgang beim ao. Vorhaben „WVA-Erweiterung Dirngraben“ in Höhe von € 28.907 wird durch Interessentenbeiträge und einem Bankdarlehen bedeckt.

Der Abgang beim ao. Vorhaben „ABA-Erweiterung Giemelsberg“ in Höhe von € 7.496,32 wird durch Förderungszuschüsse des Bundes, I-Beiträge und einem Bankdarlehen bedeckt.

Der Abgang beim ao. Vorhaben „Dachsanierung Rosenau 104“ in Höhe von € 328,74 kann durch ein Wohnbauförderungsdarlehen abgedeckt werden.

Feststellungen zur Ordnungsmäßigkeit:

Dem Grundsatz der Veranschlagungsklarheit (§ 6 Abs. 6 VRV und § 10 Abs. 8 GemHKRO), wonach dem Entstehungsgrund gleichartige Einnahmen und Ausgaben für den selben Verwendungszweck in einer Einnahmen- oder Ausgabenvoranschlagsstelle zusammen zu fassen sind, wurde nicht immer entsprochen. So wurde beispielsweise unter den HHSt. 1/815-4590 und 1/815-7280 der Ankauf einer Trimmerschnur verrechnet. Die richtige VA-Post wäre 4590 gewesen.

Die unter der HHSt. 1/010/7280 getätigte Ausgabe für eine Einschaltung in der OÖ. Rundschau (Sonderausgabe) hätte richtigerweise den Repräsentationsausgaben des Bürgermeisters (1/019/7230) zugeordnet werden müssen.

Im Zuge einer Fortbildungsveranstaltung (25. u. 26. Jänner 2007) wurden der Kindergartenhelferin Reisegebühren in Höhe von € 107,92 angewiesen. Da dieses Seminar zwei Tage gedauert hat, hätte richtigerweise nur eine Hin- und Rückfahrt zum Seminarort und die Nächtigungsgebühr anstatt zweimal der KM-Vergütung verrechnet werden dürfen.

Für die Errichtung von vier Müllhütten wurden Materialkosten in Höhe von € 1.013,54 unter der HHSt. 1/813-7280 verrechnet. Um einer ordnungsgemäßen Kontierung zu entsprechen, hätten diese Ausgaben unter der VA-Post 4250 „Roh- und Hilfsstoffe“ verrechnet werden müssen.

Kontierung

HHSt.		Falsche VA-Post	richtige VA-Post
010,240	Urlaubsvertretungen	5110	5220
439	Land OÖ, Landesbeitrag Ferienspaß	8290	8610
815	Reinigung WC	7280	5230
815	Sicherheitsschaukelsitz	7280	4000
815	Mulchmesser für Rasenmäher	7280	6160

Nachweise

Im Nachweis über die Finanzzuweisungen, Zuschüsse oder Beiträge von und an Gebietskörperschaften wurde eine Ergänzung vorgenommen.

Schlussbemerkung:

Der Rechnungsabschluss 2007 wird unter Hinweis auf die angeführten Feststellungen zur Kenntnis genommen.

Der eigentlich positive Prüfbericht zum Rechnungsabschluss 2007 wurde von den Gemeinderatsmitgliedern zur Kenntnis genommen. Fragen zum vorgetragenen Prüfbericht gibt es keine. Bgm. Auerbach informiert zusätzlich darüber, dass zum Ausgleich des OHH für das Finanzjahr 2007 nahezu der gesamte Fehlbetrag von insgesamt € 223.000,- an Bedarfszuweisungsmitteln angewiesen werden und leitet zum nächsten Tagesordnungspunkt über.

9. Tarifänderungen für den Fahrzeug- und Geräteverleih des Gemeindebauhofes, Beratung und Beschlussfassung

Bgm. Auerbach erinnert daran, dass man sich vor dem Winterbeginn die Tarife für die Gemeindefahrzeuge und –geräte bei einem Verleih ansehen sollte. Um für die heutige Sitzung entsprechende Informationen zu erlangen hat man die Tarife der Gemeinden Roßleithen und Spital am Pyhrn erfragt. Auch die aktuelle Preisliste des Maschinenringes hat sich die Gemeindeverwaltung zuschicken lassen. Beim Vergleich der Gebühren mussten Bürgermeister, Amtsleiter und Gemeindebauhofvorarbeiter Eibl feststellen, dass die Gemeinde Rosenau/Hp. mit den derzeit gültigen Tarifen im guten Durchschnitt liegt. Die Tarife der Gemeinde Spital/Pyhrn und der Gemeinde Roßleithen sind ziemlich niedrig, jene vom Maschinenring sind auf die PS unserer Traktoren umgerechnet zu teuer. Daher beratschlagten sie, die Tarife der Gemeinde Rosenau/Hp. so zu belassen, wie sie in der Sitzung am 8. Februar 2007 beschlossen wurden. Bgm. Auerbach trägt die derzeit geltenden Tarife daher nochmals vor:

Kundmachung

Der **Gemeinderat** der Gemeinde Rosenau am Hengstpaß hat in seiner Sitzung am 8. Februar 2007 ab sofort geltende **Tarife** für den **Fahrzeug- und Geräteverleih** aus dem Gemeindebauhof wie folgt beschlossen:

Unimog ohne Mann	€ 50,00
Unimog mit Mann	€ 65,00
Unimog mit Mann u. Gerät	€ 76,00
Fendt ohne Mann (145 PS)	€ 50,00
Fendt mit Mann (145 PS)	€ 65,00
Fendt mit Mann u. Gerät	€ 76,00
STEYR CVT 6195 ohne Mann	€ 50,00
STEYR CVT 6195 mit Mann	€ 65,00
STEYR CVT 6195 mit Mann u. Gerät	€ 76,00
Mann	€ 25,00
Kompressor	€ 6,00
Anhänger	€ 4,00
Kleiner Traktor (RASANT)	€ 25,00
Kl. Traktor mit Gerät	€ 35,00
Walze Bomag	€ 6,00
1 m³ Splitt (entspricht 1,5 t)	
zu den Anschaffungskosten inkl. der Splittzufuhr ins Gemeindelager	
1 m³ Wasser (Schwimmbekkenfüllung)	lt. jeweils geltender Wassergebührenordnung (derzeit € 1,40 exkl. 10 % USt.)

Angeschlagen am: 16.02.07

Abgenommen am: 06.03.07

der Vizebürgermeister:

Wilhelm Mühlebner

Danach beantragt der Bürgermeister, die Tarife in der vorgetragenen Höhe zu belassen. Die Tarife werden auch von den Gemeinderatsmitgliedern in aktueller Höhe gut geheißen. Deshalb wird an dieser Stelle kein Beschluss gefasst.

10. Berichte der Ausschussobmänner/frauen

GV Nachbagauer informiert über die abgehaltene Sitzung des **Kultur- und Familienausschusses** zum **Adventmarkt** am **29.11.2008**. Da anlässlich des Adventmarktes heuer zum ersten Mal auch vor der Kirche ein Weihnachtsbaum errichtet werden soll, bittet er die Gemeinde, eine Beleuchtung (Lichterkette) auch für diesen Baum vorzusehen. GR und Bauhofleiter Wolfgang Eibl verspricht, eine entsprechende Beleuchtung für diesen Baum anzuschaffen. Er muss jedoch vorerst die Größe des Baumes, der vor der Kirche errichtet wird, abwarten. Auch Holzstöcke als Dekoration werden vom Gemeindebauhof vorbereitet.

Wolfgang Benedetter informiert anstelle der Arbeitskreisleiterin der **Gesunden Gemeinde**, Maria Benedetter, über den **Abschlusswandertag** am **26. Oktober 2008**. Treffpunkt ist um 9 Uhr vormittags beim Gemeindebauhof. Mit Autos fährt man auf den Wurbauerkogel. Die Wanderung führt über den neuen Themenwanderweg Nr. 1 hinunter zur Salzhütte in Richtung Patzlberg. Von dort geht es über den Wanderweg Nr. 472/9 und über den Leitersteig zum Laubkögerl in 1.190 m Seehöhe. Über den Wanderweg Nr. 9/9A und über den Schafsteig gelangt man zum Ausgangspunkt am Wurbauerkogel zurück, wo ein gemütlicher Abschluss vorgesehen ist. Herr Benedetter und Bürgermeister Auerbach laden die Gemeinderäte zum Wandern ein.

11. Bericht des Bürgermeisters

Bgm. Auerbach beginnt bei seinem Bericht mit einem Statement zum **Gesundheitstag**. Überraschend viele Besucher nahmen bei der Kindergarteneröffnung teil. Die Vorträge anlässlich des Gesundheitstages waren aber schlecht besucht. Es waren zwar viele Besucher anwesend, an den einzelnen Vorträgen waren jedoch wenige von diesen interessiert. Beim nächsten Mal wird man besser geeignete Räume für Vorträge wählen. Innerhalb der Gesunden Gemeinde wird eine Nachbesprechung zum Gesundheitstag stattfinden.

Die Anwesenheit des LR Hermann Kepplinger nutzte Bgm. Auerbach zu einem Gespräch mit dem LR

bezüglich der **Neuerichtung** des **Garagengebäudes** Nr. 123. Herr Kepplinger meint, dass diese Neuerichtung des Gebäudes von einer Wohnungsgesellschaft durchgeführt werden soll. Zusätzlich zur Garage könnten dabei Wohnungen über der Garage vorgesehen werden. Er werde dabei die Gemeinde Rosenau/Hp. bestmöglich unterstützen und schlägt als Partner die GIWOG (Wohnungsgenossenschaft) vor. Bgm. Auerbach möchte jedoch zunächst mit der STYRIA Genossenschaft, die sämtliche Wohnbauten in Rosenau/Hp. errichtet hat, deswegen kontaktieren. Er wird daher die Einladung zur 60. Jahr Feier der STYRIA Wohnungsgenossenschaft annehmen und die Verantwortlichen der Gesellschaft besuchen.

Weiters informiert der Bürgermeister die Mitglieder des Gemeinderates über das Schreiben der Sparkasse zur aktuellen **Situation** auf den **Finanzmärkten** und der Entwicklung des **Schweizer Franken** in Bezug zum Kassenkredit der Gemeinde. Die Sparkasse schreibt, dass in solch turbulenten Zeiten, die Gefahr besteht, dass der SFR als Fluchtwährung dienen könnte. Dies hätte zur Folge, dass sowohl die Kurse als auch die Zinsen sich wesentlich verteuern könnten. Die Kreditverbindlichkeit würde sich dann entsprechend erhöhen.

Die Sparkasse kann heute nicht garantieren, dass eine Verlängerung der bestehenden Finanzierung zu den bestehenden Konditionen über den nächsten Roll-over-Termin hinaus möglich sein wird.

Bgm. Auerbach hat sich aber in der Zwischenzeit bereits mit dem Betreuer der Sparkasse Windischgarsten, Herrn Egon Oswald, persönlich über den laufenden Kassenkredit unterhalten. Der Roll-over-Termin ist Ende des Jahres. Bis dahin könnte sich der Gemeinderat für eine Umschuldung in EURO entscheiden. Mit einer Kurssicherung kann die Gemeinde jederzeit das Risiko einschränken. Die Information, die Herr Auerbach von Herrn Oswald zu den DEWISEN (Schweizer Franken) erhalten hat, liest er den Gemeinderatsmitgliedern vor:

Der Schweizer Franken hat im Zuge der intensiven Turbulenzen in den letzten zwei Wochen um 4 % zugelegt, seit Ankündigung der Rettungspakete aber wieder 2 % nachgegeben. Der Franken hat seinen Status als „sicherer Hafen“ nochmals bestätigt: bei jeder neuen Abwärtsbewegung an den Aktienmärkten legte er nochmals etwas zu. Es ist schwierig zu unterscheiden, ob diese Bewegung vor allem eine Flucht in den „sicheren Hafen“ oder die Auflösung von Carry-trades widerspiegelt. Zusätzlich konnte man eine noch nie gesehene Volatilität (welche das Ausmaß der erwarteten Kursschwankungen misst) feststellen, was darauf schließen lässt, dass die Währungen auch in nächster Zeit große Kursschwankungen zeigen werden – wir betonen nochmals, dass wir in diesem Umfeld unsere Prognosen als besonders risikobehaftet einschätzen, und Vorsicht für angebracht halten. Bei neuerlichen Turbulenzen sollte der Schweizer Franken weiterhin zulegen – und solche sind momentan schwer auszuschließen.

Devisen News

15.10.2008

USD CHF JPY

Prognosen: Wechselkurse

Ende des Monats	Aktuell	Dez. 08	Mär. 09	Jun. 09	Sep. 09
EUR/USD	1,3699	1,43	1,40	1,40	1,37
EUR/JPY	140,03	145,9	147,0	149,8	143,9
USD/JPY	102,22	102,0	105,0	107,0	105,0
EUR/CHF	1,55	1,52	1,53	1,53	1,53
USD/CHF	1,13	1,06	1,09	1,09	1,12
Ende des Monats	Aktuell	Dez. 08	Mär. 09	Jun. 09	Sep. 09
EURO	5,30	4,70	4,40	4,00	3,80
Japan	1,08	1,00	0,80	0,80	0,80
USA	4,75	3,80	3,00	2,50	2,30
Schweiz	3,12	2,80	2,50	2,50	2,50
Spread zu Euribor	-2,18	-1,90	-1,90	-1,50	-1,30

Der Kreditstand über CHF 346.580,-- beträgt in € 223.600,-- Der derzeitige Kurs liegt bei 152,97. Bei den Zinsen erspart man sich im CHF 2 % gegenüber dem EURO. Dies ist in Zahlen gesprochen eine jährliche Ersparnis von € 4472,--. (Zinssatz EURO 5,7 %, CHF 3,57 %)

Per heutigem Stand hätte die Gemeinde einen Wertverlust von etwa € 1.000,--. Der buchhalterische Verlust wird jedoch nur bei einer tatsächlichen Beendigung des Kreditvertrages lukriert. Die Gemeinde könnte zu jedem beliebigen Tag eine Kurssicherung beanspruchen und mit Ende des Jahres aus dem Kreditvertrag aussteigen. Der Betrag müsste dann in einen EURO-Kredit umgewandelt werden. Bgm. Auerbach möchte aufgrund der Turbulenzen am Finanzmarkt die Haltung des Gemeinderates zum Fremdwährungskredit in Erfahrung bringen. So wie er sind auch die Gemeinderatsmitglieder der Ansicht, dass der Kredit in SFR eine für die Gemeinde Rosenau/Hp. dennoch günstigere Lösung ist. Sie sprechen sich daher gegen eine Kurssicherung im Moment bzw. eine Beendigung des Vertrages aus. Der Gemeinderat rechnet damit, dass die negative Entwicklung der letzten Tage im kommenden Jahr wieder aufgeholt wird. Auch GV Nachbagauer meint, dass die Krise durch die Panikmache der Medien herbeigeholt wurde. Er und Bgm. Auerbach denken, dass ein Ausstieg aus dem bestehenden Kreditvertrag gerade jetzt der falsche Weg wäre.

Am Samstag, den 25. Oktober 2008 findet die feierliche Eröffnung der Lagerhalle für den Gemeindebauhof und der Altstoffsammelinsel statt. Bgm. Auerbach wird anlässlich dieser Feier LR Josef Ackerl begrüßen können. Der Obmann des Bezirksabfallverbandes Kirchdorf/Krems, Bgm. Karl Limberger hat sich bereits entschuldigen lassen. Der Vorsitzende bittet die Gemeinderäte um ihre Teilnahme an der Eröffnungsfeier.

Weiters kündigt Bgm. Peter Auerbach an, dass die letzte Gemeinderatssitzung dieses Jahres am 11. Dezember 2008 um eine Stunde früher (18 Uhr) direkt in der Jausenstation Lamberger Teich stattfinden wird. Er möchte anlässlich des Jahresabschlusses und des bevorstehenden Weihnachtsfestes die Gemeinderatsmitglieder zu einer kleinen Feier laden. Nachdem der Nachtragsvoranschlag 2008 und der Voranschlag 2009 in dieser Sitzung zu beschließen sind, wird man die Stunde ab 18 Uhr gut benötigen.

12. Allfälliges

An dieser Stelle bringt der Vorsitzende den über den zu Beginn der Sitzung abgestimmten Dringlichkeitsantrag nochmals ein:

**An den Gemeinderat
der Gemeinde Rosenau am Hengstpaß**

Dringlichkeitsantrag gemäß § 46 Abs. 3 der Oö. Gemeindeordnung 1990 zur Behandlung des Gegenstandes „**Werkvertrag für die Planungsphase – Kanal BA 06 Wurbauerkogel – DI Rolf H. Rakusch**“

Sehr geehrte Gemeinderatsmitglieder!

Noch am 6. Oktober 2008, als wir die Tagesordnung für die Gemeinderatssitzung per Post verschickt hatten, ist der **Werkvertrag** der Fa. **R.H. Rakusch** zur Planung des Kanalbauabschnittes 06 Wurbauerkogel im Gemeindeamt eingelangt.

Damit die Planungsarbeiten im kommenden Jahr vorgenommen werden können und einer Realisierung des Projektes im Jahr 2010 nichts im Wege steht, bitte ich euch, den Werkvertrag bereits in der heutigen Gemeinderatssitzung (16.10.2008) zu beschließen.

Mit freundlichen Grüßen
Bgm. Peter Auerbach

Weiters liest er den Werkvertragsentwurf vor:

**W E R K V E R T R A G
FÜR DIE PLANUNGSPHASE
GZ 2008-28 BA 06-Wurbauerkogel**

Dieser Werkvertrag wird zwischen der

Gemeinde Rosenau/H.
4581 Rosenau/H. Nr. 120

Als Auftraggeber (AG) und

Dipl. Umwelttechniker
Dipl.-Ing. Rolf H. Rakusch
Zivilingenieur für Bauwesen
8010 Graz, Kreuzgasse 30

Als Auftragnehmer (AN) abgeschlossen.

Vertragsgegenstand:

Gegenstand dieses Werkvertrages ist die Übertragung der Leistungen der Planungsphase für das nachstehende Bauvorhaben bis zum Abschluss des wasserrechtlichen Bewilligungsverfahrens sowie die Regelung gegenseitiger Rechte und Pflichten.

Bauvorhaben: Gemeinde Rosenau/H.
Schmutzwasserkanalisation BA 06 – Wurbauerkogel
Ca. 1.205 lfm Schmutzwasserkanal
Ca. 1.235 lfm Pumpleitung
Ca. 95 lfm Hausanschlüsse
2 Stk. Pumpwerke
2 Stk. Haushebeanlagen

Der Leistungsumfang ist auch in den beiliegenden Übersichtslageplänen dargestellt.

Vertragsgrundlagen:

Bestandteile zu diesem Werkvertrag sind in der angegebenen Reihenfolge

- a) Honorarordnung für Bauwesen (GOB), Auflage 1998, im Besonderen § 20 Siedlungswasserbau mit standardisierten Berechnungseinheiten
-Basiswert per 1.4.2008: € 67,67/Std.
-Wertsicherung § 20 Abs. 6, Erhöhung seit 1997:
Zeitgrundgebühr 1997 = Basiswert = € 54,14 (ATS 745,--)
- b) die „Technischen Richtlinien“ und die „Förderungsrichtlinien Siedlungswasserwirtschaft“ der KKA AG i.d.g.F. (nach § 16 UFG 1993)
- c) die einschlägigen Bestimmungen des ABGB

Vorbemerkungen:

Grundlage des Projektes ist die im AEK vom März 2005 dargestellte Entsorgung der Abschnitte „Wurbauerkogel Ost“ und „Güterweg Wurbauerkogel“, welche gemeinsam im Bauabschnitt 06 errichtet werden sollen.

Die Abschnitte stellen sich wie folgt dar:

Abschnitt Wurbauerkogel Ost:

- Ca. 965 lfm Freispiegelkanal
- Ca. 885 lfm Pumpleitung
- 1 Stk. Pumpwerk (voraussichtlich)
- 2 Stk. Haushebeanlagen (voraussichtlich)
- 14 Stk. Hausanschlüsse a 5 lfm

Abschnitt GW Wurbauerkogel:

- Ca. 240 lfm Freispiegelkanal
- Ca. 350 lfm Pumpdruckleitung
- 1 Stk. Pumpwerk
- 5 Stk. Hausanschlüsse a 5 lfm

Es wird ausdrücklich darauf hingewiesen, dass für beide Abschnitte im ersten Schritt eine Variantenstudie und ein Vorentwurf erstellt werden und die weitere Durcharbeitung erst nach Rücksprache mit der Gemeinde Rosenau/H. erfolgt.

Die Abrechnung erfolgt daher nach tatsächlich bearbeiteten Längen und nach den Teilleistungsfaktoren gemäß HOB-I.

1. Leistungen des N

1.1 Vorentwurf bzw. Studie

(Teilleistungszahl $t_a = 0,10$)

Grundlagenermittlung (Klärung der Aufgabenstellung), Gegenüberstellung von Lösungsmöglichkeiten (Variantenuntersuchungen), grundsätzlicher Lösungsvorschlag samt Erläuterungsbericht und überschlägiger Kostenschätzung nach Erfahrungswerten, Überprüfung der Wirtschaftlichkeit (Durchführbarkeit), Ermittlung der Betriebskosten und Vorschlag der Aufbringung der hierfür erforderlichen Eigenmittel, im Einvernehmen mit dem AG und der zuständigen Abteilung des Landes.

1.2 Entwurf

(Teilleistungszahl $t_b = 0,20$)

Weitere Bearbeitung auf der Grundlage des mit dem AG abgestimmten und von diesem freigegebenen Vorentwurfes, Vorverhandlungen sowie Erhebungen bei den zuständigen Behörden, Ämtern und Dienststellen, etc. Dieser Entwurf ist so durchzuarbeiten, dass er ohne wesentliche Änderungen als Grundlage für weitere Teilleistungen dienen kann.

1.3 Einreichung

(Teilleistungszahl $t_c = 0,05$)

Erstellung der zur Erlangung einer behördlichen Bewilligung erforderlichen Pläne und Schriftstücke, die Führung der erforderlichen Verhandlungen mit den zuständigen Behörden und Ämtern, einschließlich der Erstellung aller Unterlagen für einen Förderungsantrag des AG. Sind für das Bauvorhaben mehrere und nicht in einem Zug abzuwickelnde Bewilligungsverfahren (z.B. baurechtliche, wasserrechtliche, eisenbahnrechtliche Verfahren, ...) erforderlich, für die gesonderte Unterlagen zu erstellen sind, so ist die Teilleistung dementsprechend mehrfach zu verrechnen.

1.4 Details

(Teilleistungszahl $t_d = 0,10$)

Durcharbeitung, bzw. Festlegung von Details, soweit dies für die weitere Planungsfolge (Ausschreibungsunterlagen, Ausführungsunterlagen, etc.) erforderlich ist.

1.5 Oberleitung der Planungsphase

(Teilleistungszahl Planungsphase $t_{gl} = 0,05$)

Verhandlungen mit den Behörden und Ämtern und sonstigen mit der Planung im Zusammenhang stehenden Dritten; Beratung und Vertretung des AG in technischer Hinsicht, Erstellen der Terminpläne für den Bauablauf, Mitwirkung am Ermittlungsverfahren.

1.6 Zur Erfüllung der vollständigen Leistung sind die in der Folge angegebenen Vor- und Zusatzleistungen nach § 1 (3) und (4) der HOB-I nicht enthalten:

- Vermessungsarbeiten
- Ausfertigungen der Planunterlagen
- Sonstiger Aufwand (zusätzliche Besprechungen)

1.7 Der Planer erklärt ausdrücklich, im Rahmen seiner Tätigkeit die „**Technischen Richtlinien**“ gemäß dem **Wasserbautenförderungsgesetz** i.d.g.F. anzuwenden und allfällige Abänderungen zu begründen. Die Leistungen sind im Einvernehmen mit dem Amt der Landesregierung zu erbringen.

2. Honorar

2.1 Planungsphase

2.1.1 Die für die Berechnung des Honorares maßgebende Honorarordnung wird dem AG, über Verlangen, in einer Ausfertigung übergeben.

2.1.2 Die Leistungen werden nach der Honorarordnung für Bauwesen vergütet (HOB 1998, siehe Anhang).

Teilleistungsfaktor: $t = t_a + t_b + t_c + t_d + t_{gl} = 0,50$

Planungskosten:

€ 446.730,-- x 1,2499 x 0,50 x 7,7474 % = € 21.629,49

abzüglich 25 % Nachlass - € 5.407,37

Planungskosten netto € 16.222,12

Davon:

-Abschnitt Wurbauerkogel Ost	€ 12.310,12
-Abschnitt GW Wurbauerkogel	€ 3.912,--

2.1.3 Für den eingangs beschriebenen Planungsumfang werden die im Anhang dargestellten standardisierten Berechnungseinheiten zugrunde gelegt. Abänderungen des Planungsumfanges und der daraus resultierenden Honorare bedürfen der Schriftlichkeit.

2.2 Nebenkosten, Vor- und Zusatzleistungen

2.2.1 Nebenkosten beziehen sich auf jene zusätzlichen Leistungen, die im Allgemeinen Teil der Honorarordnung ausdrücklich angeführt sind.

Derartige Nebenkosten werden nicht in Rechnung gestellt, wenn sie bereits in der durch den Besonderen Teil der jeweiligen Honorarordnung bestimmten Honorar enthalten sind.

2.2.2 Zur vollständigen Abwicklung des gegenständlichen Auftrages werden voraussichtlich Kosten für folgende Zusatzleistungen und Nebenkosten für folgende Leistungen anfallen:

Zusatz- und Nebenleistungen:

-Vermessung	€ 4.200,--
-Sonstiger Aufwand (Besprechungen, Wasserrechtsverhandlung, etc.)	€ 1.000,--
Verrechnung nach tatsächlichem Aufwand	
-Ausfertigung Einreichprojekte 4-fach a € 50,--=	<u>€ 200,--</u>
	<u>€ 5.400,--</u>

2.2.3 Im Zusammenhang mit Zusatzleistungen werden für Fahrt, Reise, Beförderungs- und Aufenthaltskosten die offiziell geregelten Sätze in Rechnung gestellt. Werden mit einer Dienstreise mehrere Baustellen im Großraum Windischgarsten betreut, werden nur die anteiligen Kosten in Rechnung gestellt.

2.2.4 Sofern die unter 2.4.4 geschätzten Kosten für Zusatzleistungen und Nebenkosten um mehr als 10 % überschritten werden, ist die Verrechenbarkeit nur nach vorheriger Zustimmung des AG möglich.

Generelle Änderungen der Verrechnungsgrundlagen (Basiswert = Stand 2007, amtliches Kilometergeld, etc.) sind dem AG unverzüglich bekannt zu geben und haben zu einer neuerlichen Schätzung der damit zusammenhängenden Nebenkosten zu führen.

2.2.5 Die Nebenkosten werden nach tatsächlichem Aufwand in Rechnung gestellt. Eine Vergütung erfolgt jedoch nur dann, wenn die jeweilige Leistung des AN im Einvernehmen mit dem AG erbracht wird.

2.2.6 Auf die Nebenkosten kann – soweit es sich nicht um nach dem Zeitaufwand zu verrechnende Leistungen des AN handelt – zur Deckung der anteiligen, allgemeinen Bürounkosten ein Zuschlag von 15 % in Rechnung gestellt werden. Die allgemeinen Unkosten – insbesondere die Personalkosten der allgemeinen Administration (Zentralregie, die Kosten für Büro und Zeichenmaterial, Porti und interne Vervielfältigungen) – werden einerseits durch das Honorar, andererseits durch den Zuschlag von 15 % abgegolten. Sie sind keine Nebenkosten und daher nicht gesondert zu verrechnen.

2.3 Gesamtplanungskosten

Die Umsatzsteuer für Honorar, Zusatzleistungen und Nebenkosten einschließlich des 15 %-igen Zuschlages nach Punkt 2.2.6 wird im gesetzlichen Ausmaß (derzeit 20 %) zusätzlich in Rechnung gestellt.

Planungskosten	€ 16.222,12
Zusatz- und Nebenleistungen	<u>€ 5.400,--</u>
	€ 21.622,12
+ 20 % MWSt.	<u>€ 4.324,42</u>
Gesamtsumme	<u>€ 25.946,55</u>

Die Projektabrechnung erfolgt entsprechend der für die Bearbeitungszeit gültigen Wertsicherung (Indexanpassung).

2.4 Zahlungsbedingungen

Der AN hat, nach Maßgabe der von ihm erbrachten Teilleistungen, Ansprüche auf Abschlagszahlungen, bzw. auf Ersatz der anfallenden Nebenkosten und der Kosten für allfällige Zusatzleistungen einschließlich gesetzlicher MWSt. Die Indexanpassung erfolgt nach dem Basiswert, welcher dem jeweiligen Leistungszeitraum entspricht.

Zahlungsfristen: 1 Monat nach Rechnungslegung.

Werden Zahlungen nicht fristgerecht geleistet, so ist das Guthaben vom Ende der Zahlungsfrist an, sofern nichts anderes vereinbart, mit einem Zinssatz von 3 % über dem jeweils geltenden Zinsfuß für Eskontierungen der Österreichischen Nationalbank (Bankrate) zu verzinsen.

3. Termine

Die Leistungen des AN werden so zeitgerecht erbracht, dass eine vollständige Einreichung aller erforderlichen Unterlagen ermöglicht wird. Allfällige Terminverzögerungen sind dem AG unverzüglich bekannt zu geben. Eine diesbezügliche Abänderung des Werkvertrages bedarf der Schriftform.

4. Treuhandfunktion und Vertretung

4.1 AG und AN werden einander laufend über wesentliche, das Vertragsverhältnis und dessen Erfüllung betreffende Vorfälle, unterrichten. Der AG wird notwendige Entscheidungen zeitgerecht treffen und diese dem AN mitteilen. Der AN übernimmt die Erbringung der vereinbarten Leistungen als Treuhänder des AG im beschriebenen Umfang. Er ist verpflichtet, die Gesetze und die für seinen Wirkungsbereich gültigen Vorschriften einzuhalten, die Pflichten seines Berufes gewissenhaft zu erfüllen, die ihm anvertrauten Angelegenheiten nach bestem Wissen und Gewissen zu besorgen und seine Verschwiegenheitspflicht streng zu beobachten.

In seiner Verpflichtung, die Interessen des AG gewissenhaft wahrzunehmen, wird der AN in bezug auf die vereinbarten Leistungen weder Provisionen noch sonstige Vorteile von Dritten annehmen.

4.2 Der AN hat den AG hinsichtlich aller ihm übertragenen Leistungen zu beraten. Soweit es die Aufgabe erfordert, ist er berechtigt und verpflichtet, die Rechte des AG, soweit sie dieser nicht vertritt, wahrzunehmen. Er vertritt den AG im Rahmen der übertragenen Leistungen mit der vor beschriebenen Einschränkung gegenüber Behörden, Ämtern, Sonderfachleuten, Unternehmungen und allen Dritten.

5. Gewährleistung

Der AN haftet für die Richtigkeit seiner Pläne, Berechnungen, sonstigen Ausfertigungen und Anordnungen sowie dafür, dass diese den einschlägigen gesetzlichen Bestimmungen und dem Stand der Technik, insbesondere den „Technischen Richtlinien“, gemäß dem Umweltförderungsgesetz entsprechen; er haftet ferner für die Einhaltung der Termine bei seinen Leistungen, soweit Terminüberschreitungen von ihm zu vertreten sind.

Der AN haftet für alle Schäden, die dem AG aus nachgewiesenen Fehlern und Unterlassungen in Durchführung des gegenständlichen Auftrages erwachsen.

6. Haftpflichtversicherung

Zur Sicherstellung der Gewährleistung durch den AN sind Haftpflichtversicherungen bis zu einer Deckung von € 800.000,- abgeschlossen. Der derzeit gültige Versicherungsvertrag gilt unbefristet.

7. Unterbrechung der Leistung

Falls vom AG eine Unterbrechung der Arbeiten angeordnet wird, ruhen die Leistungen des AN, ohne dass diesem hieraus ein Anspruch auf eine Sondervergütung zusteht.

Dauert eine solche Unterbrechung länger als 3 Monate und erfolgt kein Rücktritt vom Vertrag, kann der AN die Vergütung der von ihm bis zur Unterbrechung vertragsmäßig erbrachten Teilleistungen verlangen.

Die Gebühr ist hierauf aufgrund der gemäß Punkt 2.3 dieses Werkvertrages ermittelten Kostenberechnungen zu ermitteln. Außerdem kann der AN, gegen Nachweis, auch jene Kosten verrechnen, welche bereits für die noch nicht zur Gänze erbrachten Teilleistungen erwachsen sind.

8. Zusätzliche Leistungen und Vergabe von Leistungen an Dritte

8.1 Ist eine vom AG nachträglich geforderte Leistung nach Meinung des AN in dessen vertraglichen Verpflichtungen nicht enthalten, so hat er dies unverzüglich dem AG schriftlich anzuzeigen und noch vor Erbringung der Leistung die Vereinbarung einer besonderen Vergütung zu begehren.

8.2 Werden wesentliche Teile der Leistung nach diesem Werkvertrag von Dritten erbracht, ist hierfür vor Leistungserbringung die ausdrückliche Zustimmung des AG einzuholen.

9. Veröffentlichung

Der AN darf das vertragsgegenständliche Werk nur mit schriftlicher Zustimmung des AG veröffentlichen.

10. Planüberlassung

Der AG hat auch nach Beendigung des Vertragsverhältnisses, gegen Vergütung, über sein Verlangen Anspruch auf Überlassung von zusätzlichen Vervielfältigungen aller ausgeführten Pläne und Schriftstücke.

11. Erfüllungsort – Gerichtsstand

11.1 Als Erfüllungsort gilt der Sitz des AG.

11.2 Allfällige Streitigkeiten werden vor dem zuständigen Gericht ausgetragen. Zum Zweck der Bereinigung allfälliger Streitigkeiten aus diesem Werkvertrag unterwerfen sich AG und AN der Entscheidung eines Schiedsgerichtes, welches nach den Bestimmungen der §§ 577 ff ZPO zu errichten ist. In diesem Fall ist ein schriftlicher Schiedsvertrag abzuschließen.

12. Änderung und Rücktritt vom Vertrag

Änderungen des Vertrages bedürfen der Schriftform.

AG und AN können nur bei Vorliegen außergewöhnlicher Gründe, die den einwandfreien Ablauf der Planungsphase beeinträchtigen oder hemmen könnten, ihren Rücktritt vom Vertrag erklären. Gründe für einen Rücktritt sind, wenn die Befugnis des AN erlischt oder wenn über das Vermögen des AN bzw. AG der Konkurs oder der Ausgleich eröffnet wurde.

13. Vertragsausfertigung

Dieser Werkvertrag wird in zwei Gleichschriften errichtet, von denen eine der AG und eine der AN erhält.

.....
Vertragsmäßige Fertigung
durch den AG

.....
Vertragsmäßige Fertigung
durch den AN

Rosenau/H., am

Graz, am 3.10.2008

Dem Vertragsentwurf liegt ein Plan von den beiden Projekten bei, die im Anschluss noch diskutiert werden. GV Nachbagauer fragt nach, warum das Objekt „Dambach 13“ des Herrn Christian Kofler mit einem Kanalanschluss nicht vorgesehen ist. Bgm. Auerbach erläutert, dass Herr Kofler für dieses Objekt erst vor etwa 3 Jahren eine vollbiologische Kleinkläranlage errichtet hat und dieses daher für einen Kanalanschluss nicht mehr in Frage kommt. Sämtliche Anrainer den Bauabschnitt „Wurbauerkogel Ost“ betreffend wollen an den Kanal anschließen. Beim Projekt „GW Wurbauerkogel“ muss eine Variantenberechnung erst gemacht und danach über eine tatsächliche Verwirklichung des Bauabschnittes entschieden werden.

Auch die Tatsache, dass am Wurbauerkogel Baugrundflächen vom Land OÖ nicht mehr zugelassen werden, erwähnt der Bürgermeister an dieser Stelle. Mit der Aufschließung von mehreren als den vorhandenen Wohngrundstücken, würde sich die Kanalerrichtung schon um einiges besser rechnen. Damit die Planung für beide Projekte weiter vorgenommen werden kann, beantragt der Vorsitzende die Beschlussfassung des vorgetragenen Werkvertrages im Gemeinderat. Sämtliche Gemeinderäte stimmen vollinhaltlich dem Abschluss des Werkvertrages der Fa. Rolf H. Rakusch durch Handheben zu.

Gemeinderätin Leopoldine Sanglhuber zeigt die Unordnung beim Müllsammelplatz Lawinengalerie Hengstlandesstraße an. Sie fragt, ob man diesen Sammelplatz nun nicht bei der Lagerhalle platzieren könnte. Bgm. Auerbach ist der Ansicht, dass Hausmüll auf keinen Fall bei der Lagerhalle deponiert werden kann. Die Unordnung, die man bei der Galerie hat, soll man nicht zur Lagerhalle verlegen. Die einzige Möglichkeit dem Desaster auf den Grund zu gehen, ist eine Kontrolle durch eine Kamera. Auch GR und Bauhofleiter Wolfgang Eibl ist der Ansicht, dass der Müllsammelplatz zumindest vorübergehend mit einer Kamera überwacht werden sollte. Gerade zu den Zeiten, zu denen auf den

Hengstpaßalmen großer Betrieb herrscht, werden immer wieder schwarze, illegale Müllsäcke dort deponiert. Diese müssen dann von der Gemeinde bezahlt werden, da sie die Fa. Kälhs mitnimmt, aber der Gemeinde verrechnet.

GV Josef Nachbagauer bittet nochmals die Gemeinde, Herr DI Weisser von der Wildbachverbauung bezüglich der Dambachverbauung beim Anwesen Ebental zu kontaktieren. Bgm. Auerbach hat sich die Angelegenheit vorgemerkt, jedoch weiß er dass für Grundsicherungen von landwirtschaftlichen Flächen die Verbauungsmaßnahmen von der Wildbachverbauung nicht finanziert werden.

Da keine Wortmeldungen zum Tagesordnungspunkt erfolgen, beendet der Bürgermeister die Sitzung um 20.35 Uhr

*Vorsitzender
Auerbach Peter
Bürgermeister*

*Sölkner Adolf
Schriftführer*

Einwendungen gemäß § 54 Abs. 5 der Oö. Gemeindeordnung 1990 wurden nicht eingebracht, daher wird diese Verhandlungsschrift für genehmigt erklärt.
Rosenau, 11.12.2008

Der Vorsitzende:
Bgm. Auerbach

*Gottlieb Gösweiner
Fraktionsobmann SPÖ*

*Siegfried Schwingenschuh
Gemeinderatsmitglied ÖVP-Fraktion*